

# Berliner Tageblatt

Wir unterstützen einseitig die Meinungsäußerung  
des öffentlichen Lebens ohne Beschränkung.

## und Handels-Zeitung

Haus-Vertrieb: K. Schöber, Wallf. in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

**T. W.** Obgleich der Gedanke, die Deutsche demokratische Partei in die Arme Strejensmanns zu führen, Demokraten und Volksparteier in einem schönen Bunde zu vereinigen, nur in wenigen Köpfen gefestigt hat, ist doch der diese Reich, den der demokratische Parteitag in Nürnberg durch solche Rechnungen gemacht hat, ein sehr erfreulicher Schritt. Wer sich lieber an den Dänen des Herrn Stinnes wärmen möchte, soll sich seinen Zwang auferlegen, und wenn es hinzieht, der siehe hin! Es ist durchaus nicht bedingungslos richtig, daß eine eng geschlossene, in Zielen und Ideen ganz einmütige kleine Partei einer umfangreicheren, ein wenig gemächteren, unter allen Umständen vorzuziehen sei. Solche Vorstellungen sind unendlich verlockend und sympathisch, aber in den reinen, streng unabhülten Temperamenten kann eine stille Gemeinde sich um eine neue Religion, um einen philosophischen Lehrer sammeln —

die fruchtbarste politische Tat entsteht dort in schnell vorübergehenden Zeiten nicht. Die Deutsche demokratische Partei vollbrachte in ihrer Geburtsstunde eine solche Tat, indem sie, vom alten Staatsstumpfen sich lösend, gemeinsam mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum sich mitten in das wogende Chaos hineinsetzte, die Sicherung und den Ausbau der Republik übernahm. Cines Tages wird auch der blindeste Historiker begreifen, was das bedeutet hat. Die Lösung dieser Aufgabe war nur möglich, indem man die Türen öffnete und das Qualitäts ungetriebener Einseitigkeit nicht allzu fest umklammert hielt. Es war freilich auch nur möglich, indem man denjenigen Persönlichkeiten, deren Anwesenheit alles distinktion und das Zusammengehen mit den Arbeiterkräften unendlich gemacht hätte, die Türen verschloß. Wenn man zu großen Parteibildungen gelangen will, werden Kompromisse immer unvermeidbar sein. Aber Leute, die bereit wären, alle unterschiedlichen Prinzipien aufzugeben, um sich völkerrätlich zu verschmelzen, sollen uns nicht fügen, da sie ein Kompromiß, dessen Reich ist hier nicht vorhanden, zu welchen Gefahren es führen muß, daß die gesamte deutsche Wirklichkeit allmählich in die Hände einiger weniger Industriemagnaten gerät. Wollte man, statt diese nach außen hin durch national klingende Worte verschleierte Riesengeschäfte gelehrt einzubäumen, nun auch die Deutsche demokratische Partei in den Dienst dieser völkerrätlichen Abergötter, dieser magischen Magneten stellen? Die Deutsche demokratische Partei ist republikanisch und muß, wie das vorgelesen in Nürnberg durch Peter den Preuß, Kroll, durch alle Redner und besonders auch durch die Vertreter der Jugend gelehrt ist, die leiseste Zweibeitigkeit im Staatsbekenntnis nicht von sich weisen, und im Namen der Deutschen Volkspartei haben erst in der letzten Zeit wieder wertvolle Führer dem monarchischen Gedanken unumkehrbare Kräfte gelobt. Sind das gleichgültige Formfragen, und hatten die Verfechter dieser Parteien eine Partei monarchischer Republikaner oder republikanischer Monarchisten geplant? Als auf einem französischen Kasernenhofe der Unteroffizier sagte, daß zwischen Männern und Frauen ein kleiner Unterschied sei, daß eine populäre Anekdote erzählt, ein braver Soldat: „Vive la petite différence!“ Es lebe der kleine Unterschied!

Diejenigen, die sich durchaus anlehnen wollen, fühlen sich offenbar schwach. Zu solchem Schwächegefühl liegt nicht die mindeste Veranlassung vor. Die Deutsche demokratische Partei ist, solange das Zentrum kein konfessionelles Gepräge behält, ganz unentbehrlich, weil es zwischen der Sozialdemokratie und der antirepublikanischen Rechten eine arbeitsfähige Partei geben muß. Und wenn es keine auf die Demokraten herunterzulegen sollte, so würde die Partei als politischer Faktor hinterher wieder den Kopf heben und weiter lebendig sein. Wenn, die unsäglichen Bahnmacher, die schweren politischen Kräfte, die Zeitungsaufkäufer, die Verleger der öffentlichen Meinung liegen richtig. Diese Kampfmittel sind in der appetitlichen Gegenwart ohne Zweifel sehr wichtig, aber ebenso wichtig ist im Parteikampfe auch eine Schatzkammer voll Ideen, die nicht nur voll politischer Ideen, die feststehende Richtung nicht haben dürfen, sondern auch von Ideen zur Ausdehnung und zum Überwinden der Erneuerung der Organisation. In dieser Beziehung wäre wohl noch einiges zu tun. Es ist beispielsweise mehr als fraglich, ob die Parteitag durch politische Vorträge und Werbebriefen genügend an eine Partei geknüpft werden können, die nächsten auftritt, weder daß noch andere heisse Bemüherregungen aufzuheben, besonders in kleineren Städten von Schwachköpfen als nicht geschäftsfähig angesehen wird und niemanden Wunder verpricht. Die meisten Frauen — die politisch gekulten bilden doch eine Ausnahme — sehen nur die Not und Sorgen des Tages, die unmittelbar an sie herantreten, und man muß, statt von den politischen Ursachen und wirtschaftlichen Wechselwirkungen zu sprechen, mit praktischer Hilfe ihnen näher kommen, wenn man sie interessieren will. Von den Quätern und Quäterinnen, die ja mit dem Übermaß in enger Berührung stehen, könnte man lernen, die gemeinschaftlichen Streben organisiert werden muß. Und durch Hausfrauenverbände und ähnliche Einrichtungen könnte man vielerlei Erleichterungen schaffen, die Schwierigkeiten beseitigen, mit denen die Frau hit plagt. Eine Partei braucht Initiative, unabhässige Rührigkeit. Im Klugheit, Kenntnisse, Geist und Talent fehlt es in der Demokratischen Partei wahrhaftig nicht. Staatkundliche Genies haben sich in der demokratischen Welt nicht entwickelt, weil nur einem kleinen Kreise von Privilegierten — der gar nichts Verdientes erworbrachte — Gelegenheiten zur Entfaltung der Kräfte gegeben waren. Wir wissen auch, daß es nicht lauter Überzeugungsreden, daß es förmliche Parteikonferenzen gibt, die in Wahlversammlungen zusammenzutreten und kein Wort der Rede finden, wenn irgendein „Abot“ oder irgendein beliebiger Statist vor den Parteitag tritt. Demokraten brauchen, aber auch die besten Parteien fehlt es etwas an. Eine Erklärung wie die in Nürnberg vereinigt immerhin sehr viele Männer und Frauen von hohem geistigem Wert. Es mag gefast sein, einen einzelnen besonders zu nennen, der in ihm, wie in dem Alexander Sitte war, einem Volke zu zeigen, es ihm mancherlei verbandt. Rudolf Diefel, der jetzt von einem Weieringensposten scheidet wird, hat zuerst, als preußischer Eisenbahnminister, den in den letzten Kriegsjahren und nach der Niederlage völlig zerrütteten Eisenbahnbetrieb wieder

## Die deutsche Antwortnote auf den Abstimmungs-vorschlag für Oberschlesien.

### Der Wortlaut der Note.

(Mündlich) Berlin, 13. Dezember.

Die deutsche Regierung hat den Vorschlag, den ihr der britische Premierminister im Namen der britischen, französischen und der italienischen Regierung wegen der Abstimmung in Oberschlesien gemacht hat, einer eingehenden Prüfung unterzogen und beehrt sich darauf folgendes zu erwidern:

Der Friedensvertrag gibt Deutschland den Anspruch auf eine Gewähr, daß bei der Volksabstimmung in Oberschlesien der Wahlfall sich frei, unbeeinträchtigt und geheim vollzieht, und daß jede unterschiedliche Behandlung der Eingewiesenen und der außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten von vornherein ausgeschlossen ist. Deren Anspruch kann nur durch volle Einheitlichkeit des Wahlaktes erfüllt werden. Der Grundgedanke der Einheitlichkeit des Wahlaktes ist denn auch dem Orte wie der Zeit nach bei der Abstimmung in Schlesien sowie in Ost- und Westpreußen auf Grund der Artikel 95 und 109 des Friedensvertrages streng durchzuführen. Diese Artikel bedeuten sich insoweit völlig mit den Bestimmungen des § 4 der Anlage zu Artikel 88. Der Vorschlagserst hat überdies den Grundgedanke der Einheitlichkeit des Wahlaktes anlässlich der Ablehnung des Antrages, in Ostpreußen zwei getrennte Urnen aufzustellen, ausdrücklich als maßgebenden anerkannt. Ebenso geht aus der Note vom 30. November hervor, daß sich die britische, französische und italienische Regierung zu diesem durch den Friedensvertrag und seine bisherige Anwendung festgestellten grundsätzlichen Standpunkt bekennt.

Die deutsche Regierung erachtet gern an, daß der ihr gemachte Vorschlag von der wohlmeinenden Absicht aus-

geht, Unruhen zu verhüten, die bei Gelegenheit der Abstimmung eintreten könnten. Sie kann diese Absicht nur mit Genugtuung begrüßen. Sie weiß auch die große Verantwortung zu würdigen, die die drei Regierungen mit der Aufgabe übernommen haben, die freie, unbeeinträchtigte und geheime Stimmenabgabe zu sichern und das ihnen Schatz übertrachte Oberschlesien in den Tagen der Abstimmung vor Gefahren zu schützen. Geleitet von dem Bestreben, den Wächern ihre Aufgaben zu erleichtern, ist die deutsche Regierung bereit, das in der Note vom 30. November aufgeworfene Problem einer erneuten sachlichen Prüfung zu unterziehen.

Die deutsche Regierung gestattet sich hierbei darauf hinzuweisen, daß der Vorschlag der Wächter großen technischen Schwierigkeiten in Bezug auf Transport, Unterbringung usw. begegnen müßte. Sie macht ferner darauf aufmerksam, daß nach Ziffer 6 der Note das Ergebnis der Volksabstimmung nicht „gekant“ werden darf, bevor nicht alle von den eingewiesenen und auswärtigen Berechtigten abgegebenen Stimmen vereinigt worden sind. Es ist höchst zweifelhaft, ob dabei eine Differenzierung der Stimmberechtigten und eine Verlegung des Grundgesetzes der Geheimhaltung völlig ausgeschlossen werden kann.

Die deutsche Regierung glaubt, daß sie durch eine mündliche Ausprache am schnellsten die Möglichkeit erlangen würde, zu den in der Note aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Sie beehrt sich demgemäß anzutragen, baldmöglichst eine Besprechung von Vertretern derjenigen Regierungen stattfinden zu lassen, von denen der Vorschlag ausgegangen, und an die er gerichtet ist. Die deutsche Regierung bittet den britischen Premierminister, diese Anregung auch an die französische und italienische Regierung weitergeben zu wollen.

aufgebaut. Er hat es erreicht, daß das Material sich besserte, der Betrieb wieder mit Zuverlässigkeit und Regelmäßigkeit vor sich ging. Der entscheidende Tag war vielleicht derjenige, an dem er, pessimistische Konfliktpropheten abweisend, die Eisenbahnhauptstellen, in denen nicht gern gearbeitet wurde, schloß. Als die Eisenbahn Reichsweite geworden war, wovon das Werk fortführte, blieb Oeler im preussischen Arbeitsministerium, und mit seiner Energie und Umsicht hat er es, alle Hindernisse überwindend, durchgeführt, daß nur der Mittel-Landbau gebaut werden wird. Welche Ehren hätte man unter dem alten Regime einem Minister erwiesen, der — in weit ruhigeren und sorgenschwereren Zeiten — diese hundertmal bereidete Aufgabe gelöst hätte, und welche Titel, Simeone und Anderorden hätte man ihm aufgeschängt! Der Demokrat Oeler hat den Reiz solcher Würdenworte nie begriffen, aber die Demokratie darf zeigen, daß sie sich freut, ausgezeichnete Männer zu besitzen, und sie hat keine Veranlassung, ihre Richter unter den Scheffel zu stellen.

Im Auswärtigen Amt hat man in den letzten Tagen zu zwei Notenvorlägen. Die eine, die Oberschlesien betrifft, wird heute in den Ententehauptstädten überreicht werden, die andere, die über die Ministerreise im Rheinland sich äußert und den empfangenen Verweis beantwortet, ist schon bekannt. Es ist wieder sehr angenehm, noch sehr nützlich, daß der Verkehr zwischen Berlin und den Alliierten sich fortgesetzt mit Hilfe von Notenvorlägen. Die deutsche Regierung ist zu ihrer Freude, und die alliierten Regierungen sind es erst recht. Schließlich hat man doch Vorstehendes, durch die man wichtige Dinge mündlich vortragen lassen kann. Eine Note wirkt immer etwas lenkender, obwohl man an die Art von Sentenzen nachher gewöhnt ist, und vor allem macht sie, indem sie eine Fülle von Zeitungskommentaren hervorruft, die doch wenigstens manchmal erstrebte Verständigung schwer. Das ist zum Beispiel der Fall bei der Note, die in England, Frankreich und Italien vorliegt, die außerhalb der engeren Heimat wohnenden Oberschlesier sollten entweder an einem anderen Tage als die Anwesenden abstimmen, oder sie sollten zur Abstimmung nicht nach Oberschlesien fahren, sondern nach Köln. Der erste dieser beiden Vorschläge mußte mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden, und der zweite erregt Bedenken, deren Beseitigung, wie in der deutschen Antwortnote ganz richtig gesagt wird, sich nur in diplomatischen Unterhaltungen erreichen läßt. Es ist zweifellos falsch und ein völkerrätlicher Fehler, wenn man es so darstellt, als hätten die drei Alliierten auch mit diesem zweiten Vorschlage eine einseitige und perfide Unterlegung der politischen Interessen bezweckt. Die Polen selbst protestieren gegen Köln, und das ist vermutlich nicht nur ein Kommodienprotest. Dennoch ist es nicht möglich, ohne weiteres ein „Reglement“ anzunehmen, das die auswärtig wohnenden Oberschlesier hindert, dort abzustimmen, wo sie geboren sind. Die Dinge läßen schon ganz anders aus, wenn man es jedem Oberschlesier überlassen wollte, entweder zum Heimateort oder nach Köln zu reisen, und das würde ja wahrhaftig auch den Zutritt nach Oberschlesien sehr vermindern, dem die Entente mit soviel Sorge entgegensteht. Jedenfalls bietet die Kölner Idee einen Verhandlungsstoff. Aber müssen Notenvorläge sein?

Das andere Schriftstück, das den deutschen Ministern bei Reisen im Rheinlande Schweigegepficht auferlegen oder doch nur Reden im Stile des Komplimentierbüchleins gestatten will, ruht nun schon im Hausen der historischen Manufaktur. Einige Zeitungen haben nachträglich ihren Tadel über die rheinischen Reden der Herren Frehenbach und Simons und überhaupt über alles was geschieht und nicht geschieht, ausgesprochen, aber auch die Ueberschleichen haben die Mumbinde für Minister abgelehnt. In nationalistischen Blättern Frankreichs und in englischen, die ihnen gleichen, wird Deutschland gefragt, was

es gesagt hätte, wenn nach 1870 französische Minister in das von deutschen Truppen besetzte rheinische Gebiet gereist und dort rednerisch aufgetreten wären wie jetzt im besetzten Rheinlande Frehenbach und Simons aufgetreten sind. Die deutsche Regierung ist für eine nicht so peinlich, wie die nationalitäre Presse der Ententeländer zu glauben scheint. Während die französischen Departements besetzt waren, hat in der Tat weder Thiers noch ein französischer Minister des Auswärtigen eine Reise dorthin unternommen, und wir können auch nicht bestreiten, daß Bismarck, zum Unterschiede von dem verdächtigen Mantuffel, bei Zwischenfällen, die im besetzten Gebiete vorkamen, sich immer sehr schroff benahm. Bei einer solchen Gelegenheit — die französischen Besatzungen hatten wieder den Mörder eines deutschen Soldaten freigesprochen, worauf Bismarck eine mehr als rabiate Depesche an den Vorkämmerer v. Arnim schickte — schrieb ihm Herr de Rémuilly, der Minister des Auswärtigen: „Die fremde Okkupation ist eine dauernde Ursache von Kadergefühlen und Repressalien ... eine solche Situation wird durch die Dauer nur noch aufwiesender und unerträglicher gemacht.“ Nun, die Okkupation der französischen Departements dauerte bis zum 1. Juli 1873, und Verbund, das als Pfand bis zur Auszahlung des letzten Milliardenbetrages diente, wurde am 13. September geräumt. Die Okkupation des Rheinlandes soll fünfzehn Jahre dauern, und das genügt bekanntlich manchen Franzosen noch nicht. Man braucht nur nebenbei zu erwägen, daß diese Besetzung uns in einem Jahre fünfzehn Milliarden Mark kostet, während damals die ganze Kriegsschuldigung fünf Milliarden Francs betrug. Sollen die deutschen Minister etwa fünfzehn Jahre lang von dem deutschen Rheinlande ferngehalten werden, und will man in den Ententeländern nicht die Wahrheit des Rémuillyschen Wortes erkennen, daß eine Besetzung durch die Dauer immer aufwiesender und unerträglicher werden muß? Es mag zugegeben werden, daß die beiden Regierungskreuzenden einiges gesagt haben, was nicht sehr politisch und vielleicht nicht einmal ganz zutreffend war. Aber von diesen Einzelheiten abgesehen, ist zu bedenken, daß gerade der Minister eines besetzten Landes mit seinen Worten nicht immer nur auf einen Augenblick nützen hinführen darf. Er darf gewiß nicht ein sich etwa anspannendes Gewebe durch Unvorsichtigkeiten zerreißen, aber er hat auch die Pflicht, die großen Grundzüge zu betonen und darauf bedacht zu sein, daß seine Nation vor sich selber und vor der Welt als „moralische Figur“ dasteht, wie man in Frankreich zu sagen pflegt. Fünfzehnviertel Jahre hindurch hat Frankreich den Vertrag verworfen und wie Niemand den Schmerz hinausgeschafft. Es hat von dem großen Vorrecht der Besetzten, Sympathien zu erwerben, ruhelos und erfolgreich Gebrauch gemacht. Wir sind natürlich nicht im Zweifel darüber, daß wir solchen Eindruck nicht nur durch die Worte erwerben können, die ein Minister auf der Rundfahrt spricht. Wenn Deutschland als „moralische Figur“ wirken soll, muß als das Unmoralische abgewalzen werden, das sich im Kriege angesetzt hat und leither nicht schlichter geworden ist. Um Achtung und Sympathie zu erwerben, brauchen wir vor allem auch eine feste und unabweidlich zur Republik haltende Demokratie. Eine, die nicht wie die nationalitäre Vordenker aus vorgewählter Brust ihre Phrasen hervorbringt, sondern in Arbeit und Ehrlichkeit steht, das ist der Vaterland liebt. Eine, die ebenso wie jedem rücksichtslosen Ueberdruenerium, dem gewiß mit hoher Geschicklichkeit gepaart, aber in seiner allumspannenden Macht die doch verderblichen Magnatengeist entgegentritt. Eine, die im Gegensatz zu den heutigen monarchischen Anschauungen — auch nicht dem König Krüfus dient,

# Belagerungszustand in Irland.

Ein großer Teil der Stadt Cork eingeschloffen (Privat-Redung.)

London, 13. Dezember.

Lord French hat eine Proklamation erlassen, wodurch der Belagerungszustand über die Stadt Cork und die Grafschaften Limerick und Tipperary verhängt wird. Der irische Oberbefehlshaber hat diese Maßnahme mit einer Gegenproklamation beantwortet. Der englische Befehlshaber hat eine militärische Regierung ernannt, um die Ordnung wieder herzustellen. In Dublin entdeckte die Polizei eine vollständige Bombenfabrik. Einige hundert Bomben waren fertig gestellt.

London 12. Dezember. (M. T. B.)

Ein großer Teil des Zentrums der Stadt Cork ist gestern eingeschloffen worden. Das Feuer wütet noch immer. Mehrere Gemeindegelände, die Carnegie-Bibliothek, ein Lichtspieltheater, zahlreiche Geschäfte- und Privathäuser sind vom Feuer zerstört worden. Die Bevölkerung ist von einer Panik ergriffen.

Zu dem Brande in Cork meldet der „Zeit Parisien“: Am Sonntag wurde ein Lakanito mit 14 Kadetten in einen Hinterhof gelockt und die Zinsen mit Bomben angegriffen. Bald darauf brannten im Zentrum von Cork drei große Geschäftehäuser. Das Feuer griff auf das Rathaus über, erreichte die Getreidebörsen und auch die Bibliothek, die von dem Amerikaner Carnegie geschenkt worden ist. Der Schaden wird auf 7 Millionen Pfund Sterling geschätzt.

## Frankreich und die Brüsseler Konferenz.

Verständigungswille? — Ein unvollkommen begründete französische Forderung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 13. Dezember.

Mit den Verhandlungen in Brüssel hat sich gestern Schluß in langen Beratungen beschloffen. Er besprach sich zweimal mit dem Vizepräsidenten Laurent, dann mit Ogier, dem Minister für die belgischen Gebiete, François Marsal, dem Finanzminister, dem Arbeitsminister Le Trocquer und dem Präsidenten der Wiedergutmachungskommission, Dubois; auch Degoutte, der Befehlshaber der Besatzungstruppen am Rhein, wurde wiederholt empfangen.

Ueber das Resultat dieser Verhandlungen laufen zwei Versionen. Das offiziell behauptet wird, alle Instruktionen seien erteilt, und ein festes Programm aufgestellt, ist selbstverständlich. Diese Aufstellung stützt das „Echo de Paris“, das freudig verkündet, mit der Politik des Abmarschs, wie sie seit August betrieben worden sei, habe es letzte in Ende. Eine neue Aktion nach den Grundsätzen von Boulogne werde beginnen. Wenn Deutschland auf die Wünsche Frankreichs nicht eingehe, müsse mit Unterstützung der Alliierten ein Zwangsbesatzungen eingeleitet werden.

Der „Matin“ sieht den Verhandlungen nicht so hoffnungsvoll entgegen und bemängelt zunächst die Wahl der französischen Delegierten Seydoux und Cheysson, die beide vorläufige Beamte, aber keine Fachmänner seien wie die Deutschen und Sir John Brandenbury. Das Blatt macht ferner darauf aufmerksam, daß die vom Präsidenten der Reparationskommission aufgestellte These, diese Kommission allein habe Deutschlands Schuld festzusetzen, nicht nur nicht von den Alliierten, sondern seit einigen Tagen sogar nicht einmal von allen Mitgliedern der französischen Regierung geteilt werde.

Endlich aber sei die französische Forderung von etwa 250 Milliarden Gold so unvollkommen fundiert, daß Dubois sich geweigert habe, sie in dieser Form vor die Re-

## Der Kassenlöwe.

Von Dr. C. Mamlook.

[Nachdruck verboten.]

Bei den jüngsten Krankenkassen-Verhandlungen hat die Besenständigkeit erneut die Bezeichnung „Kassenlöwe“ für einen besonderen Typus von Krankenkassenmitgliedern, ohne wohl recht verstanden zu haben, warum man zur Charakteristik des Arztes sich gerade im Kassenlöwen einen Vergleich sucht. (Das man einen ehemaligen Mediziner, der aber nicht in Berlin, sondern auf dem Montmartre in Paris praktiziert hat, als „Liger“ bezeichnet hat, ist nicht auf seine ärztliche, sondern seine in den letzten Jahrzehnten sehr bekannt gewordene politische Tätigkeit zurückzuführen. Aber ebenförmig wie vor den Kassenlöwen und Premierministern braucht man sich vor den Kassenlöwen zu fürchten. Und doch liegt hier eine Erscheinung vor, die, wie so manche andere, eine unerwartete Nebenwirkung der Krankenkassenorganisation ist; und da über kurz oder lang die meisten Deutschen von ihr erfaßt sein werden, gilt auch hier der etwas abgemessene Spruch: „An alle.“)

Mit „Kassenlöwen“ bezeichnen die Krankenkassen und Kassenärzte einen Arzt, der mehr Kranke versorgt, wie es selbst bei größter Leistungsfähigkeit und angestrengtestem Fleiße möglich ist, so nicht die gewöhnliche Behandlung der Leidenden in Frage gestellt werden.

In der Tat herrscht in einzelnen kassenärztlichen Sprechstunden ein Massenbetrieb, der zu ständigen Klagen berechtigten Anlaß gibt. Diese Erscheinung ist in dem Maße eine traurige Notwendigkeit geworden, wie sich die kassenärztliche Besatzung vergrößert hat, und der Arzt, um überhaupt existieren zu können, gezwungen war, nach dem Grundplatz zu verfahren, die Masse muß es bringen. Auf dieser schiefen Ebene konnte man denn gelegentlich der Gefahr nicht entkommen, durch Ausnutzung von Beziehungen sich Krankenkassen und durch eine jedes in der Krankheit begründete Maß überschreitende Willkürhaftigkeit gegen die Krankenkassenmitglieder sich Patienten zu verhalten.

Seit langem bemüht sich nun die Kassenärztliche Vereinigung die Verhältnisse zu bessern, ohne im Grunde der Schwierigkeiten Herr zu werden. Die zurzeit bestehenden, Evidente kassenärztlicher Versorgung haben allen Besserungsverdienst getrotzt, so daß man in einzelnen Orten Schließungen für kassenärztliche Einrichtungen festgesetzt hat. Denn bei solchen Krankenkassen, wo nur eine bestimmte Anzahl von Ärzten überhaupt zugelassen ist, liegt die Entwidlung des Kassenbüros deshalb besonders nahe, weil die Kranken sozulegen durch die Kassen gezwungen sind, unter

parationskommission zu bringen. Mindestens 14 Tage seien zur Klarstellung nötig. Da die Delegierten also nicht einmal wählen, was sie zu fordern hätten, sei ihre Aufgabe noch mehr erschwert. Es sei also beschlossen, in Brüssel verständlichen Geist zu zeigen und den Alliierten zu beweisen, daß Frankreich nicht auf neue militärische Besetzungen ausgehe, sondern nun endlich zu praktischer Verständigung über die Wiedergutmachungsfrage zu kommen wünsche. Für diese Auffassung bleibe die Auswahl der deutschen Delegierten große Vorteile, während die Franzosen leicht in Gefahr kommen könnten, überannt zu werden.

## Herve

### gegen Deutschlands völlige Entwaffnung.

Erklärung in Paris über die letzte deutsche Note.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 13. Dezember.

Herve beschäftigt sich mit den deutschen Noten und nennt die Reden der Minister im belgischen Gebiet einen Verstoß gegen den internationalen Laßt. Mit dieser Kritik, die trotz ihrer Schärfe nicht einmal so unflätlich ist wie die anderer Zeitungen, verbindet er eine lange Betrachtung über die Entwaffnungsnote. Er hofft, daß die französische Regierung diese Note ohne Erregung studieren wird. Frankreich würde eine Dumme sein, wenn es den verlangten Aufschub nicht bewillige.

Natürlich würde von englischen Seiten wieder auf den „Fitz“ zwischen Volksgemeinschaft und Uldesichten hingewiesen werden, um die Gefahr einer bewaffneten Grenzgruppe besonders graufig erscheinen zu lassen. Aber so dumm seien selbst die Uldesichten nicht, um nicht einzusehen, daß ein derartiges Spiel doch zu gefährlich wäre. Im Falle einer Verbindung Deutschlands mit Sowjetrußland wäre sofort das Ruhrgebiet besetzt (1), und auch die Engländer und Amerikaner würden in diesem Falle dem Betrug von Versailles ihre Unterstützung nicht versagen. Die einzige wirkliche Gefahr bestände in der Möglichkeit, daß die Reaktion in Deutschland durch das Fortbestehen der Einwohnerwehren gestiftet werden könne. An eine Rückkehr der Hohenzollern sei zwar nicht zu denken, aber das Haus Wittelsbach könne unter Umständen nicht abgeteilt sein, wieder aktiv in die innerdeutsche Politik eingegriffen. Wie gering aber wäre diese Gefahr gegen die weit größere einer völligen Entwaffnung Deutschlands! Deutschland ist das einzige wirkliche Bollwerk gegen den Bolschewismus. In der Stunde der Gefahr wird das bürgerliche Deutschland Frankreich und England von größtem Nutzen sein, wenn die Entente nicht fortfährt, es so desorganisieren.“ So wenig dieser Gedankenangang auch den Chauvinisten gefalle, man müsse im Kampf gegen den Bolschewismus mit Deutschland als Bundesgenossen rechnen.

Im übrigen findet, wie schon bemerkt, die deutsche Antwortnote über die Ministerreden in der Presse scharfe Kritik. Auch der „Temps“, der in letzter Zeit beruhigend schrieb, lehnt den Inhalt und den Ton entschieden ab. Sprache und Auffassung seien „unzulässig“, (1), besonders in Berlin, wo man sich gegenwärtig solle, was Bismarck in einem ähnlichen Falle getan haben würde. Diese Note werde die Verhandlungen in Brüssel nicht fördern.

## Die griechische Antwort an die Entente.

Rückkehr Konstantin nach Athen am Mittwoch.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Basel, 13. Dezember.

Wie die römische „Tribuna“ aus Athen meldet, hat die griechische Regierung die Antwort auf die Note der Alliierten abgefaßt. Darin werden die gegen Konstantin und die ihm ergebenen Offiziere erhobenen Anschuldigungen als unbegründet bezeichnet und die freundschaftliche Haltung hervorgerufen, die die griechische Regierung gegenüber den Alliierten einhalten möchte, und erklärt, daß sie den eingegangenen Verpflichtungen treu bleiben werde.

Paris, 12. Dezember. (Holländisch Neuwisbureau.)

Die griechische Regierung teilte König Konstantin mit, daß er am Mittwoch in Venedig einen griechischen Kreuz-

Ausschluß der Mehrzahl der Ärzte, einige wenige auszusuchen. Wo aber alle zugelassen werden und für die Kassen daher die Heberwagung erschwert ist, kann natürlich noch viel leichter der gerügte Mißstand eintreten. Das wird auch nicht ungeschickt von den Krankenkassen über vielen anderen Gründen gegen die freie Arztwahl ausgespielt.

Natürlich kann es zunächst schwer verhindert werden, daß ohne die im allerersten Interesse liegenden Sicherungen der völligen Gleichstellung der Krankenkassen mit der Privatpraxis das Kassenbüro unheimlich gequält; wie man ja auch sozulegen ein „Privatbüro“ hat. Denn auch in der Privatpraxis sind stets einzelne Ärzte überlassen, ohne daß sie etwa in jedem Falle alle anderen an Kenntnissen, Geschäftlichkeit und Gewissenhaftigkeit übertrauen. Es wird eben immer Mediziner geben, solange die zahlreichen unumgänglichen Momente bei der ärztlichen Tätigkeit mitfließen, die sehr verschieden sind: man weiß ja, wie auch auf diesem Gebiet das Neugier, lebenswichtige Wesen, bestimmtes Auftreten und ähnliche Eigenschaften wirken, und was andererseits nicht selten sogar Großheit imponiert.

Mit dieser Erkenntnis kommt man aber dazu, daß die Lösung der ganzen Frage gar nicht so sehr oder wenigstens nicht ausschließlich bei der Arztwahl oder den Krankenkassen liegt, sondern zum Teil wenigstens bei dem Hilfe suchenden Publikum.

Solange dieses glaubt, daß ein überfülltes Wartezimmer stets und unbedingt auf eine ganz hervorragende Leistung des Arztes schließen läßt, wird es sich oft genug der Möglichkeit überleitert Wertigkeit auslegen. Es ist erlaucht zu sehen, daß Kranke stundenlang warten, um einen überauslenen Arzt zu sprechen, und dann sich wundern, wenn er, erkrankt und übermüdet durch zwölf Arbeit, ihnen nicht genügend Zeit und Sorgfalt widmet. Das ist nun gerade dasjenige bei solchen Ärzten der Fall, die mit Recht oder Unrecht, in dem Fall stehen, den Wänden der Kranken im Verdorben und Arbeitsunfähig-Schreiben möglichst weit entgegenzukommen; natürlich auf Kosten der Krankenkassen, während ja in der Privatpraxis das eigene Verleummone ein Selbstregulator ist. Derartige Kranke läuschen sich, absichtlich oder unabsichtlich, indem sie die Zielgerichtetheit des Arztes als Lächerlichkeit deuten, und sie fordern dann für die Weiterbreitung seines Ruhmes. Daß sie damit die Allgemeinheit und die übrige Kassenärztliche Arbeit schädigen und den Krankenkassen ihre ja auch nicht leichte Arbeit erschweren, kommt ihnen dabei gewiß nicht immer zum Bewußtsein. Darüber müssen sie sich aber klar werden, gerade in einem Augenblick, wo man dem Kassenpatienten genau wie dem Privatpatienten jeden Arzt, den er sich frei wählen kann, zur Verfügung stellen will. Alle da-uf hinwirkenden Bemühungen der Kassenärztlichen Vereinigung die verdamntesten Wirtung der Patienten auf

zer mit Begleiterschiffen finden werde, die ihn und seine Familie nach Griechenland bringen würden. Streit und der Adjutant des Königs Paparigopolos, erhalten nicht die Erlaubnis zur Weiter nach Griechenland und bleiben in Lugern.

## Entente und Einwohnerwehnote.

Antwort der interalliierten Kontrollkommission.

Beim Auswärtigen Amt ist gestern abend die Antwort der interalliierten Kontrollkommission auf die am 9. Dezember abend übergebene deutsche Note über die Einwohnerwehren eingetroffen. Die Kontrollkommission erklärt die Gründe für eine besondere Behandlung der Einwohnerwehren in Bayern und Österreich nicht an, wiederholt die grundsätzliche Forderung sofortiger Auflösung und Gewährung aller Selbstschutzborganisationen und verlangt unverzügliche Mitteilung darüber, welche Maßnahmen die deutsche Regierung hierfür zu treffen gedenkt. Der Wortlaut wird alsbald veröffentlicht werden. Die Schnelligkeit, mit der die Antwort erfolgt ist, läßt darauf schließen, daß die Kontrollkommission auf Grund ihrer Instruktionen gehandelt hat. Die deutsche Note kann in den fremden Hauptstädten noch nicht vorgelegen haben. Bei der vitalen Bedeutung der Frage für Deutschland wird es aber unermesslich sein, daß sich die alliierten Regierungen selbst an Grund der in der deutschen Note vorgebrachten Argumente damit befassen, wobei zu hoffen ist, daß sie den augenblicklich bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen werden. Die deutsche Regierung wird durch ihre Vorkämpfer entsprechende Schritte zu unternehmen lassen.

## Die Beamtenbefolgung

vor Weihnachten gesichert.

Zehnstündige Dauerfixung des Besoldungsausgleichs.

Der Besoldungsausgleich der preussischen Landesverwaltung hat in den letzten Wochen in zahlreichen Dauerfixungen, die sich oft bis tief in die späten Abendstunden hineinzogen, aber die Besoldungsneuordnung der Beamten beraten. In einer zehnstündigen Dauerfixung hat der Ausgleich nunmehr seine Arbeiten vollendet. Die Neuregelung der Beamtenbefolgung noch vor Weihnachten ist damit gesichert.

## Der Prozeß

gegen die Marburger Zeitschriftlichen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

reg. Kassel, 13. Dezember.

Heute vormittag begann vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen die 14 Marburger Studenten, ehemaligen Angehörigen der Zeitschriftlichenformation Marburger Studentenkörpers, wegen der bekannten Vorgänge. Am 15. Juni d. J. waren alle 14 Angeklagten vom Kriegsgericht freigesprochen worden. Zu der Verhandlung sind bisher 80 Zeugen geladen. Die Verhandlung leitet Landgerichtsdirektor Schmidt, als Anklagevertreter fungiert Staatsanwalt Dr. Sauer. Sämtliche Angeklagten werden von Rechtsanwalt Dr. Vätgebune (Göttingen) verteidigt. Der Prozeß dürfte eine Woche in Anspruch nehmen.

Der Vorstoß der vereinigten bürgerlichen Parteien Müdens zum Sturz der sozialistischen Kassenmehrheit ist gescheitert. Beim Volksabgeordneten stimmten von 388 758 Wahlberechtigten nur 179 418 für die Neuwahl des Stadtrates, so daß nur 15 000 Stimmen an der erforderlichen Mehrheit fehlten.

Wie wir erfahren, hat der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Roske seinen Abschied erbeten. Das Abschiedsgesuch liegt dem Minister vor und ist bisher noch nicht genehmigt worden.

Die Reichsregierung hat, wie wir hören, dem Generalsekretär des Pfälzer Bundes, Sir Eric Drummond, eine Note zu gehen lassen, die sich mit der Abtrennung von Capen und Palmedy befaßt.

Die Dauer vergeblich sein. Dies ist jetzt um so nötiger, als der Groß Berliner Arbeit und anlässlich der Neuregelung des kassenärztlichen Dienstes besondere Einrichtungen zur Beseitigung des Kassenbüros geschaffen hat; an ihrem verbindlichen Funktionieren sind Kranke, Ärzte und Kassen gleichinteressiert, und alle drei Parteien müssen daher das Ihre dazu beitragen.

Die Kunst vor der Strafkammer. Ueber den Prozeß gegen Professor Walter Klemm wegen seiner Andeutungen zur Erbände, der am Sonntagabend vor der Strafkammer in Weimar verhandelt wurde, sind von dort folgende Nachrichten: Unter einem mächtigen Aufgebot von Sachverständigen und schriftlichen Gutachten — von denen sich die Riebermanns, Kolbes, van de Weides und Venarius durch Objektivität und den Willen zum Verständnis ausgezeichnet gegenüber denen von Bode und Kampf — wurden die alten Fragen nach den Grenzen der freies künstlerischen Schaffens, nach den Unterbedingungen von Erotik und Pornographie, Ungehörigkeit und konventionellen Sitten, gründlich erörtert, und es war ein Vergnügen, den Reichsanwalt Dr. Redlob, der auf Antrag der Beklagten als Sachverständiger vernommen wurde, zu hören, wie er (leider nur dem Gerichtshof, da die Öffentlichkeit ausgeschlossen war) Wesen und Eigenart der Kadierung und die künstlerische Bedeutung der umstrittenen Wälder festlegte. Diefen auf einen tiefen Glauben an die wunderbare Macht der produktiven Künstlerarbeit aufgebauten Gutachten stellte das Gericht den Direktor der Göttinger Sachkammer gegenüber, einen Archäologen, der erklärte, daß er außer diesem Wert noch ein etwas von Klemm gegeben habe, daß er es aber schon darum unzulässig nennen müsse, weil die dargelegte Liebesverbindung nicht im Dienste der Fortpflanzung stehe, und daß schließlich einzelne Wälder nur der Befriedigung niedriger Instinkte gewidmet sein könnten. Die Heberwagung Mar Riebermanns, die Darstellungform habe hier das Thema „weil bezwungen, daß jeder Gedanke an eine Spekulation auf die Sinnlichkeit ausgeschlossen sei, konnte er nicht objektiv nennen. Der Verteidiger Walter Klemm, Reichsanwalt G. Rüchpaß, Berlin, entstrickte in einem glänzenden Plaidoyer alle Punkte der Anklage, so daß dem Gerichtshof der Weg zur erteilten Lösung eines unzeitgemäßen Konfliktes anschaulich gewiesen war. Die Verhandlung endete nach achtstündiger Sitzung mit Freispruch und Aufhebung der Besoldungsnahme.

Die Deutsche Oper in Madrid. In Anwesenheit der königlichen Familie fand in der Oper eine von deutschen Sängern und Sängerinnen veranstaltete Aufführung der „Wälfers“ statt, die wie die anderen Aufführungen der deutschen Truppe vom Publikum und Presse außerordentlich beifällig aufgenommen wurde.







Berliner Fonds-Börse 13. Dezember 1920.

Nach schwachem Beginn später

Die Börse begann heute bei stillem Geschäft in allmählicher schwacher Haltung. Die Realisationsbestrebungen zum Jahresabschluss dauern an, ausserdem werden auch Komplikationen zwischen Japan und Amerika bedürftig, wodurch auf den Dollarkurs ein leichter Druck ausgeübt wird. Im übrigen sind die Kurse für ausländische Zahlungsmittel nur wenig verändert.

Table of stock market data with columns for 'Einheitskurse', 'P. & A. S.', 'L.', 'U.', 'M.', 'B.', 'S.', 'K.', 'A.', 'G.', 'H.', 'F.', 'V.', 'W.', 'Z.', 'N.', 'O.', 'P.', 'Q.', 'R.', 'S.', 'T.', 'U.', 'V.', 'W.', 'X.', 'Y.', 'Z.' and various stock names like 'A. G.', 'B. G.', 'C. G.', etc.

Wassermarkt: Überwiegend sehr matt. Kohlenmarkt: Ziemlich still. Eisenmarkt: Ziemlich still. Metallmarkt: Ziemlich still. Getreidemarkt: Ziemlich still.

Table of commodity prices for various goods like flour, oil, sugar, etc., with columns for 'Waren', 'Kurs', 'Waren', 'Kurs'.

Fortlaufend notierte Papiere.

Table of continuously traded securities with columns for 'Waren', 'Kurs', 'Waren', 'Kurs'.

Table of continuously traded securities (continued) with columns for 'Waren', 'Kurs', 'Waren', 'Kurs'.

MADLER's praktische Weihnachts-Artikel. MORITZ MADLER Friedrich-Str. 62 Ecke Kronenstr. 5 P. S. Filtz-Überzich-Stiefel.

Sattler-Maschinen, Bohnen in Schweinefett, Wurstfabriken und Händler, Brennholz, Neu Wichtig für jeden Börseninteressenten! Börsen-Barometer, Monatsübersicht der Tageskurse.



